Nr. 294 167. Jahrgang Freitag, 14. Dezember 1917

Der Gießener Anzeiger erscheint täglich, außer Sonntags. — Beilagen: Gießener Familienblätter, Kreisblatt für den Kreis Gießen. Bezugspreis: monatl. Mk. 1.20, vierteljährlich Mk. 3.60; durch Abhole- u. Zweigstellen monatl. Mk. 1.10; durch die Post Mk. 3.60 vierteljährl. ausschl. Bestellg. Fernsprech-Anschlüsse: für die Schriftleitung 112 Verlag, Geschäftsstelle 51 Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Annahme von Anzeigen bis Tagesnummer bis zum Nachmittag vorher ohne jede Verbindlichkeit. Zeilenpreise: für örtliche Anzeigen 25 Pf., für auswärtige 30 Pf., für Reklamen Mk. 1.—; bei Planvorschrift 20% Aufschlag. Hauptschriftleiter: Aug. Gosen. Verantwortlich für Politik u. Feuilleton: Aug. Gosen; Stadt und Land, Vermischtes u. Gerichtssaal: B. Mieter; Anzeigenteil: O. Beck; sämtlich in Gießen.

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 11680

Bankverkehr: Gewerbebank Gießen

Zwillingsrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Der Versuch einer englisch-deutschen Friedensbesprechung.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 13. Dezember. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Dixmude bis zur Lys und südlich von der Scarpe zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit.

Oestlich von Bullecourt entrissen unsere Truppen den Engländern mehrere Unterstände und nahmen sechs Offiziere und vierundachtzig Mann gefangen.

Zwischen Moeuvres und Bendhuille haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In Verbindung mit Erkundungsgefechten lebte in einzelnen Abschnitten die Feuertätigkeit auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Wie vereinbart, beginnen heute im Befehlsbereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes, der die zurzeit bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front.

Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff

*

Der Abendbericht.

Berlin, 13. Dez., abends. (WTB. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Man erinnert sich noch der Tatsache, daß im September vielfach Gerüchte verbreitet wurden über einen angeblichen englischen „Friedensfühler". Was daran Wahres war, erfährt man durch die heutige amtliche deutsche Erklärung, die wir im Nachrichtenteil wiedergeben. Die englische Regierung hat in den letzten Tagen sich im Unterhause befragen lassen, ob es wahr sei, daß die Mittelmächte im September einen Friedensantrag gestellt hätten. Die Sache war offenbar abgekartet, Herr Balfour glaubt sicherlich mit seiner neuesten Enthüllung wieder einmal auf einen Beweis der deutschen Kriegsmüdigkeit oder Schwächeanwandlung hinweisen zu können. Tatsächlich begründete Unterlagen hat er freilich dafür nicht. Die deutsche Regierung kann seine Mitteilung in wesentlichen Punkten ergänzen, so daß die Dinge in einem andern Lichte erscheinen. Die amtliche deutsche Erklärung gibt jetzt zu, daß Anfang September in der Tat ein englischer „Friedensfühler" vorlag, und zwar in einer direkten Anfrage über Deutschlands Kriegsziele, die zwar von einer neutralen Macht „vermittelt" wurde, aber von solcher Art war, daß das Vorwissen der großbritannischen Regierung angenommen werden mußte. Es ist der englischen Regierung sodann gesagt worden, daß Deutschland bereit sei, eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Was man sich in Berlin dabei gedacht hat, steht in der amtlichen Erklärung. Eine offene Darlegung der deutschen Bedingungen war ausgeschlossen; warum sie ausgeschlossen sein mußte, ist ja so häufig vom deutschen Regierungstisch verkündigt worden. Man wollte eine vorsichtigere mündliche Besprechung unter Vertrauensmännern. Die englische Regierung bewies kein Entgegenkommen; vielleicht dachte sie, wir würden wie würdelose Kaufleute ihr die Türe einrennen. Beiderseits wurde ergebnislos abgewartet. Jetzt freilich hat Balfour im Unterhause erklärt, die britische Regierung habe geantwortet, daß sie bereit sei, eine Mitteilung in Empfang zu nehmen und sich darüber mit ihren Verbündeten zu besprechen. Vielleicht ist diese „Antwort", die Deutschland nicht zugetragen worden ist, nachträglich so abgefaßt worden. Heute ist die Lage anders als im September, die englische Regierung ist nicht mehr so hochfahrend und sattelsicher.

Es wäre nun interessant, zu wissen, welche Mitteilung die deutsche Regierung unter Umständen damals gemacht haben würde. In der „Deutschen Zeitung" wird die Erinnerung an die Lage im September in folgenden Ausführungen zurückgerufen:

„Es ist damals amtlich nicht bestritten worden, daß der Kronrat sich gegen ganz wenige, aber äußerst gewichtige Stimmen dafür ausgesprochen habe, Deutschland solle unter Umständen Belgien zurückgeben. Die Veröffentlichungen der „Deutschen Zeitung" fanden einen ungemein starken Widerhall in der Presse und im Volke. Auch der „Böhmischen Volkszeitung" gingen damit Mitteilungen zu, daß die Entscheidung über Belgien „in englandfreundlichem Sinne" gefallen sei. Kurz darauf erschien jener aufsehenerregende Berliner Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten", in dem es hieß: „Was die belgische Frage angeht, für deren Beantwortung man sich in England besonders interessiert, so sind wir zweifellos bereit die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen".

Es hieß damals, es liege eine selbständige Anfrage Englands vor. Balfour teilt nun mit, Deutschland habe gebeten, England eine Mitteilung über den Frieden machen zu dürfen, worauf England sich zum Empfang einer solchen Mitteilung bereit erklärt habe. Ob Balfour den Gang der Ereignisse ganz lückenlos schildert, sei dahingestellt. Jedenfalls hätte also die deutsche Regierung nach der englischen Schilderung eine direkte Aussprache über den Frieden mit London gesucht, und zwar auf der Grundlage des Besitzstandes auf Belgien. Zu der tatsächlichen Mitteilung der Bereitschaft zu diesem Verzicht nach Berlin ist es damals erfreulicherweise anscheinend nicht gekommen, denn Balfour sagt, die englische Regierung sei ohne weitere Nachricht geblieben. Vermutlich ist die deutsche Regierung infolge der Stellungnahme zweier wichtiger Persönlichkeiten im Kronrat und infolge des Sturmes der Entrüstung im deutschen Volke und an den Fronten davor zurückgeschreckt, England die im Kronrat erklärte Bereitwilligkeit zum „Desinteressiment" in Belgien mitzuteilen. Das zeigt, wie notwendig und erfolgreich eine große starke Volksbewegung sein kann."

Heute haben wir eine andere Regierung und eine ganz neue Kriegslage. Es müßte, um so schwerwiegende Dinge zu prüfen und zu entscheiden, nochmals ein Kronrat zusammenkommen.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 13. Dez. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen russischen Fronten wurden heute früh wieder aufgenommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Schnee und Nebel verhinderten gestern in dem venetianischen Gebirge jedwede Kampftätigkeit.

Die Truppen des Feldmarschalls v. Conrad haben nach bisheriger Zählung in den viertägigen Kämpfen um das Meletta-Gebiet 639 italienische Offiziere und über 16 000 Mann als Gefangene eingebracht. Die Beute setzt sich aus 93 Geschützen, 233 Maschinengewehren, vier Mitrailleusen, 81 Minenwerfern und vielem anderen Kriegsgerät zusammen.

Der Chef des Generalstabes.

* * *

Der türkische Bericht

Konstantinopel, 12. Dez. (WTB.) Amtlicher Heeresbericht. Sinaifront: Feindliche Angriffe östlich Hebi Samwil und östlich Jerusalem scheiterten unter erheblichen Verlusten. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Englischer Heeresbericht

vom 12. Dez. General Allenby rückte seine Linie in der Mitte zwischen Jerusalem und Jaffa vor. Budrus und Schilf Obeid Rahib nördlich Midia wurden genommen.

Italienischer Bericht

vom 12. Dez. Während des gestrigen Tages erbitterter Kampf zwischen Brenta und Piave. Talfremde österreichische Truppen griffen unsere Stellungen in der Gegend des Col Beretta an, während eine andere Abteilung von Osten her den Monte Spinonia und die Verteidigungsanlagen des Val Calcino angriff. Der Kampf wurde den ganzen Tag fortgesetzt. Der Gegner ging zu einer äußerst kraftvollen, durch Artillerie aller Kaliber unterstützten Unternehmung über. Unsere Batterien hemmten den Ansturm des Feindes, und unsere Infanterie hielt den Stoß tapfer aus. Einige Stellungen, die wegen des feindlichen Zerstörungsfeuers zuerst hatten aufgegeben werden müssen, wurden durch aufeinander folgende, gegen abend ausgeführte Gegenangriffe fast völlig wieder besetzt. Der Feind beschränkte sich angesichts des zähen Widerstandes unserer Truppen und seiner schweren Verluste auf Artilleriefeuer, das während der Nacht wieder normal wurde. Auf der übrigen Front nichts Besonderes. Zwei feindliche Flugzeuge wurden durch englische Flieger abgeschossen.

*

Orlando über die Lage.

Basel, 13. Dez. Stefani berichtet aus Rom: In der Kammer verlas Orlando die ministerielle Erklärung, in der er u. a. sagte: „Unsere militärische Lage, die ich in der Sitzung vom 14. November in ihrem ganzen Ernste besprochen habe, hat sich im Dezember bedeutend gebessert. Wenn sie trotzdem noch ernst bleibt, so zeigt uns ein Vergleich, welch schwierige Verhältnisse wir hinter uns haben. Wir wollen hier in keine militärischen Einzelheiten eintreten, doch darf man ruhig sagen, daß die Tatsache, daß wir die Piavelinie unter so ungünstigen Umständen gehalten haben, einen nicht zu berechnenden militärischen und moralischen Wert hat." Hierauf prüfte Orlando die wirtschaftliche Lage des Landes und hob die riesigen Schwierigkeiten hervor, die durch die Steigerung der Preise und die noch größere Gefahr, die durch den Mangel am Allernotwendigsten für den selbst in den engsten Grenzen gehaltenen Verbrauch, hervorgerufen wird. Dieser durch den Krieg erzeugte Zustand der Dinge kann nicht sofort durch den Friedensschluß geändert werden. Das einzige Mittel dagegen ist die Hebung der inneren Produktion und die Verminderung, auf keinen Fall die Vergrößerung des Verbrauchs. „Unsere Finanzen", erklärte der Ministerpräsident, „haben einen bewundernswürdigen Beweis von Widerstandskraft, dagegen ist die Lage auf dem Weltmarkt ernst. Die Einschränkung der Lebenshaltung und die Herabsetzung der Bedürfnisse sind Pflicht eines jeden Bürgers." Orlando kündigte eine Reihe entsprechender Maßnahmen an. Mit Befriedigung hebt er den Eifer der italienischen Industrie hervor.

Indem Orlando auf die internationalen Fragen überging, führte er aus: „Die Geschicke Polens bilden den Gegenstand einer Diskussion zwischen der österreichischen und der deutschen Regierung. Die öffentliche Meinung der beiden Länder beschäftigt sich leidenschaftlich und mit auseinandergehenden Ansichten mit der polnischen Frage. Aber statt daß sie die unveräußerlichen Rechte dieser edlen und unglücklichen Nation wahren, beschäftigen sich die obenerwähnten Regierungen damit, sie zum Ziele politischer Kombinationen und gegenseitiger Kompensationen zu machen. Die alliierten Mächte, die von dem fundamentalen Grundsatz der Achtung der Nationalitäten geleitet werden, sind in dem Entschluß einig, daß die Schaffung eines unabhängigen und unteilbaren Polens unter Bedingungen, die seine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichern, eines der Elemente eines gerechten und dauerhaften Friedens und der Herrschaft des Rechts in Europa bilden.

Wir begrüßen mit freudiger Bewegung die Befreiung Jerusalems, die durch die Tapferkeit der englischen Armee unter der Mithilfe der französischen und italienischen Armee vollzogen wurde. Wir sehen darin nicht nur die Befreiung einer Stadt und eines Volkes, sondern auch das Versprechen der Befreiung der Welt von einem Alpdrucke.

Dagegen bergen die Ereignisse der russischen Revolution nichts Ermutigendes in sich. Die Fraktion, die sich gegenwärtig in Petersburg der Regierung bemächtigt hat, vertritt notgedrungen Rußland nicht, und die Alliierten warten zu, bis eine Regierung, die sie als legitim anerkennen werden, und die den getreuen und dauerhaften Ausdruck des Volkswillens darstellt, das Recht hat, im Namen der russischen Nation zu sprechen. Indessen kann man sich nicht verhehlen, daß die Schwächung Rußlands sehr ernste militärische Folgen gehabt hat, unter denen Italien bis jetzt hauptsächlich gelitten hat. Auch darf man den Schaden, den die Sache der Entente durch die beträchtliche Verschiebung der Kraftverhältnisse erlitten hat, nicht zu gering anschlagen. Die Italiener für den Sieg. Männer und Mittel, bleiben aber immer auf Seiten der Entente. Das Wichtigste ist, daß man sie durch übereinstimmendes Zusammenarbeiten zur Gewißheit bringt und zwar so, daß sich die Präzise nicht nur vereinen, sondern vervielfachen. In dieser Richtung zeigen die kürzlichen Ereignisse einen entschiedenen Schritt nach vorwärts."

Orlando weist auf die Zusammenkunft von Rapallo, auf die Bedeutung des obersten Kriegsrates der Alliierten und auf die Schaffung des Marinebefehlshabers hin, dessen grundlegender Gedanke der gemeinsame Ausgleich der Mittel und Bedürfnisse war. „Ich bin glücklich erklären zu können, daß die Erörterungen auf der Konferenz aus das Vertrauen gegen, daß die gemeinsame Anstrengung der Alliierten in die Tat umgesetzt wird, so daß es Italien nicht an Lebensmitteln, Oel und Rohprodukten fehlen wird, die für die Fortsetzung des Krieges notwendig sind."

Ein anderes freudiges Ereignis bilde die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn. „So wurde die dunkle Intrige des Feindes, durch die er an die Möglichkeit einer Lostrennung Oesterreichs von Deutschland glauben machen wollte, endgültig vereitelt. Wir schreiben der Hilfe, die uns durch die fruchtbare Tätigkeit und die überschwängliche und selbstbewußte Kraft, die dem amerikanischen Volke eigen ist und die gegen den gemeinsamen Feind verwendet wird, große Bedeutung zu. Dieses Ereignis hat eine größere und allgemeinere Tragweite, es hat gleichsam eine symbolische Bedeutung, indem es den Weltcharakter dieses Krieges von neuem hervorhebt und in endgültiger Weise das ideale Ziel bezeichnet, das in diesem Kriege verfolgt wird."

Orlando erklärte weiter: Die Welt will einen endgültigen Frieden erkämpfen, der für immer die Gefahr beseitigt, daß sich die Gewalttätigkeiten und Barbareien wiederholen, welche bisher die Menschheit bedroht haben. Sie kämpft für einen Frieden, welcher in der künftigen Ordnung Europas allen Völkern, den kleinen und den großen, die gerechten und natürlichen Bedingungen zu ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verbürgt und die sichere Einheit ihres nationalen Bewußtseins. Auf dieser Grundlage sind wir zum Frieden bereit, wie wir immer gewünscht haben, daß die blutigen Plagen, welche die Welt heimsuchen, möglichst bald aufhören mögen.

Lugano, 13. Dez. Die italienische Kammer hat gestern mit 274 gegen 65 Stimmen dem Ministerium Orlando ein Vertrauensvotum erteilt.

Ein deutscher Friedensschritt gegenüber England?

Berlin, 13. Dez. Nach einer Neuermeldung aus London, die bisher nur als Pressetelegramm vorliegt, hat Balfour auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob die britische Regierung von den Mittelmächten eine Mitteilung über den Frieden erhalten und ob die Regierung darüber eine Erklärung abgeben wolle, geantwortet: Da die Bolschewikenführer in Petersburg es für gut befanden, einen vertraulichen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London bekanntzugeben, steht nichts mehr im Wege, zuzugeben, daß die Regierung Seiner britischen Majestät von Deutschland durch Vermittelung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche und daß sie bereit sei, dieselbe mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen von Frankreich, Italien, Japan, Rußland und die Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hierauf erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstige amtliche Mitteilung in der Angelegenheit erhalten.

Hierzu ist folgendes berichtigend und ergänzend zu bemerken: Anfang September empfing die deutsche Regierung durch Vermittelung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über Deutschlands Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine solche, daß nach internationaler Gepflogenheit mit Sicherheit angenommen werden mußte, die neutrale Anfrage erfolge mit Vorwissen der großbritannischen Regierung oder werde mit ihrem Einverständnis gestellt. Ferner konnte aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß das englische Kabinett von diesem Schritt wenigstens seinen mächtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit. Es boten sich hierzu zwei Wege: die der mittelbaren und der unmittelbaren Beantwortung. Gegen die mittelbare Beantwortung durch eine neutrale Macht sprach die durchschlagende Erwägung, daß jede einseitige Bekanntgabe der deutschen Stellung auch schon dem neutralen Vermittler gegenüber die deutsche Politik einseitig ohne jede Gewähr gegenüber der von der Gegengruppe eingenommenen Stellung binden würde. Eine direkte mündliche Beantwortung durch eine Vertrauensperson erschien bei der Sachlage als die zweckdienlichere. Der weitere Verlauf

der Ereignisse drängte indes der deutschen Regierung die Ueberzeugung auf, daß auf seiten unserer Gegner nichts geschah, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen. Von der von Herrn Balfour erwähnten Aeußerung der britischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit, jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, hat die deutsche Regierung erst durch die Mitteilung Balfours im Unterhause Kenntnis bekommen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von deutscher Seite nicht erfolgt.

*

Amsterdam, 14. Dez. Not. Cour. meldet aus London: Die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses und die nationale Leitung der Arbeiterpartei habe gestern einen Beschluß gefaßt, mit dem sie verlangen, daß die englische Regierung so rasch wie möglich in sehr bestimmten Ausdrücken eine autoritative Erklärung über die Kriegsziele, für die die Alliierten den Krieg fortsetzen, veröffentlichen soll.

* * *

Die Stellung Lloyd Georges.

Bern, 12. Dez. (WTB.) „Daily Expreß" bringt an hervorragender Stelle einen zwei Spalten langen Artikel, in dem Lloyd George auf die seine Regierung umgebenden wachsenden Gefahren aufmerksam gemacht und aufgefordert wird, an das Land zu appellieren, um ein entschiedenes Mandat für die Durchführung des Krieges bis zum siegreichen Ende zu erlangen. Der Artikel weist darauf hin, daß in seiner Zusammensetzung das schwache Koalitionskabinett im Unterhause beständig an Boden verliere, wie die letzten Abstimmungen gezeigt haben, und binnen kurzem nur noch die in der Minderheit befindliche Unionistenpartei hinter sich haben werde. Lloyd George solle nicht allzusehr darauf vertrauen, daß sein parlamentarisches Genie alle Zeit den Sieg behalten werde. Bei der neulichen Debatte über seine Rede in Paris habe er nur dadurch einen scheinbaren Triumph erlangt, daß Asquith außergewöhnlich schwach gewesen sei. Es sei zu befürchten, daß bei der nächsten Gelegenheit vielleicht die Abstimmung Lloyd George stürzen und Asquith an seine Stelle treten werde. Die Zeitung empfiehlt daher Lloyd George dringend, sich über die ihrer Ansicht nach nicht stichhaltigen Gründe gegen die Abhaltung allgemeiner Wahlen im Kriege hinwegzusetzen und durch einen Appell an das Land der drohenden Katastrophe im Parlament zuvorzukommen.

Bonar Law tröstet die Gläubiger Rußlands.

London, 12. Dez. (WTB.) Im Unterhaus erklärte Bonar Law bei der Begründung der Kreditvorlage von 550 Millionen Pfund, daß man bei der Einbringung der letzten Kredite von 400 Millionen Pfund am 30. Oktober angenommen habe, diese Summe würde die Ausgaben bis zur ersten Januarwoche decken. Der neue Kredit erhöhte die Summe für das Finanzjahr auf 2450 Millionen. Die durchschnittliche tägliche Ausgabe betrage für 63 Tage vor dem 1. Dezember 6 794 000 Pfund. Das überschreite die Schätzung im Budget um 1 383 000 Pfund täglich.

Der Betrag, um welchen der Haushaltsvoranschlag überschritten ist, beträgt 309 Millionen, doch ist hiervon die Summe abzuziehen, welche gedeckt war oder gedeckt werden kann. Diese Summe wird auf 225 Millionen angenommen. Einer der Gründe für den vermehrten Aufwand für das Heer war die Ausdehnung des Flugwesens. Ein anderer Grund für das Anwachsen war die große Zahl der in Mesopotamien verwendeten indischen Truppen und der größte Betrag rührt von dem Vorrücken unserer Truppen in Frankreich und Palästina her. Bonar Law besprach dann die den Dominions und den Alliierten gemachten Vorschüsse und erklärte, daß die Voranschläge für die Dominions nicht überschritten worden seien. Der Minister ging dann zu Rußland über und sagte, er hoffe nicht, daß das Haus die Bedeutung der dortigen Geschehnisse überschätzen werde. Es ist ziemlich sicher zu erwarten, daß früher oder später Rußland eine gefestigte Regierung haben wird und es ist nicht anzunehmen, daß die Anstrengungen, welche das russische Volk macht, um seine Freiheit und seine freie Bewegung zu begründen, anders als mit der Aufstellung einer anerkannten verantwortlichen Regierung für dies Land enden wird. Wenn erst eine gefestigte Regierung in Rußland besteht, so weiß sie, daß die Entwicklung seiner Hilfsquellen und des Wohlergehens Rußlands unmöglich sein würde ohne Hilfe, und daß eine finanzielle Unterstützung unmöglich wäre, ohne daß die früher gemachten Schulden durch diese Regierung anerkannt würden. Daher wird das in Frage stehende Geld früher oder später erstattet werden können. Wenn der Krieg zu Beginn des nächsten Rechnungsjahres noch andauert, wird es die Pflicht der Regierung sein, im nächsten Jahre eine Ergänzungssteuer auszuschreiben, welche die Sicherheit gibt, daß, wenn die Feindseligkeiten aufgehört haben, nicht die Möglichkeit bestehen würde, eine neue Steuer einzuführen, um den Verbrauch zu decken und sie hoffe, daß im Gegenteil der erhaltene Betrag es möglich machen wird, einen Teil der Kriegsbesteuerung aufzuheben.

London, 12. Dez. (WTB.) Reutermeldung. Unterhaus. Die Kreditvorlage ist angenommen worden.

Die Lage in Rußland.

Amsterdam, 13. Dez. Reuter meldet aus Petersburg: Drahtlichen Nachrichten aus Rostow zufolge ist die Stadt von Kaledin belagert. Bei Rostschanen ist ein Kampf im Gange. Die Maximalisten werden durch die Geschütze von Abteilungen der Schwarzmeerflotte unterstützt. Bei Belgorod dauert der heftige Kampf fort. Beide Parteien hatten große Verluste.

Rotterdam, 14. Dez. Der Verband der russischen Eisenbahnunterbeamten teilt mit, daß die Sturmbataillone geschlagen worden seien. Verstärkungen von Kosaken Kaledins seien unterwegs. Die Sturmbataillone bestätigen, daß sie infolge der letzten Befehle Duchonins unterwegs nach dem Kaukasus seien.

Verhaftung der Kadettenführer.

Petersburg, 13. Dez. (WTB.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Folgender Erlaß ordnet die Verhaftung der Gegenrevolutionäre, der feindlichen Militär- und Zivilchefs an: Die führenden Mitglieder der Kadettenorganisationen müssen, da sie Feinde des Volkes sind, verhaftet werden und durch revolutionäre Gerichtshöfe abgeurteilt werden. Die Sowjets ihrerseits müssen Maßnahmen zur Ueberwachung der Kadettenorganisationen im Hinblick auf ihr Einverständnis mit dem Militär und den Zivilchefs Kaledins und Kornilows gegen die Revolution treffen. Der Erlaß tritt mit dem Augenblick der Veröffentlichung in Kraft.

Die konstituierende Versammlung in Rußland.

Basel, 14. Dez. Aus Paris wird gemeldet: Die russische konstituierende Versammlung ist am Dienstag nachmittag 2 Uhr im Saale des Revolutionskomitees zusammengetreten.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 13. Dez. (WTB. Amtlich.) Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabredungsgemäß in Brest-Litowsk eingetroffen. Die nächste Vollsitzung findet am 13. Dezember vormittags statt.

Wien, 12. Dez. (WTB.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, entspricht die aus Kopenhagen stammende Nachricht über die Demobilisierung der russischen Armeen nicht den Tatsachen. Wohl hat der Rat der Volkskommissare schon vor einigen Wochen die Demobilisierung und Entlassung der drei, auch vier ältesten Jahrgänge verfügt. Eine Anordnung über eine weitere Verminderung der russischen Truppenbestände ist aber bisher, soweit bekannt, nicht erlassen worden. Ebenso erfahren die Gerüchte über die Ernennung des Generals Tscherbatschew zum russischen Oberbefehlshaber und über seine angebliche Mission, in Friedensverhandlungen einzutreten, von keiner Seite Bestätigung.

Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität in Frankreich.

Paris, 13. Dez. (Priv.-Tel.) In der Kammer wurde gestern nachmittag das Ansuchen der Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux' verteilt. Der Brief der Militärgouverneurs von Paris, der die Aufhebung der parlamentarischen Immunität verlangt, lautet folgendermaßen:

Im Laufe von Untersuchungen wegen Verbindungen mit dem Feinde, die gegenwärtig von den bürgerlichen und militärischen Gerichten verfolgt werden, wurden bei fast allen Beschuldigten zahlreiche, von Joseph Caillaux ausgehende Briefe entdeckt, die keinen Zweifel über die zwischen ihm und den Angeschuldigten bestehenden Beziehungen lassen. Die Prüfung dieses Schriftwechsels ist besonders beunruhigend und mußte besonders die Aufmerksamkeit der Justiz auf sich ziehen. Es ist schon schwerwiegend, wenn ein Staatsmann von der Geltung Caillaux', der die höchsten Staatsstellungen geleitet hat, der die Ehre hatte, die Politik seines Landes zu leiten und der gern in seiner Eigenschaft als Führer einer großen Partei auftrat, enge Beziehungen und eine nicht zu bestreitende Vertraulichkeit mit französischen oder ausländischen Abenteurern unterhält, die ihre Handlungen, Bestrebungen und Kundgebungen seit Beginn des Krieges selbst weniger Unterrichteten verdächtig machen mußten. Gewiß begreift man, daß ein bedeutender Politiker zufällig dahin kommen kann, mit Menschen vorübergehende Beziehungen anzuknüpfen, deren Vergangenheit er nicht kennt und die, sein Vertrauen täuschend, unter dem Schutze seines Namens und seines Einflusses die schlimmsten Abenteuer auszuführen suchen. Aber derartige Schwächen werden gefährlich, wenn sie sich öfters wiederholen, wenn sie zwecklang andauern, wenn sie die davon Betroffenen dazu führen, sich in die bedauerlichsten, ihn bloßstellenden Handlungen hineinziehen zu lassen. Jedenfalls wird Caillaux, selbst wenn er seine Unkenntnis bei Beginn dieser Beziehungen beweisen, wenn er seine Erkenntnis bei Beginn dieser Beziehungen beweisen, die Ansichten der Leute kennen lernte, denen er in auffälliger Weise seinen vertrauten Umgang gönnte, obwohl es ihm an Warnungen aller Art nicht fehlte. Der im Laufe der Untersuchungen gegen Bolo beschlagnahmte Briefwechsel wirkt besonders belastend. In mehreren von Caillaux an Bolo zwischen dem 1. Mai 1916 und dem 26. Juli 1917 geschriebenen Briefen fordert Caillaux Bolo wiederholt auf, sich bei ihm einzufinden, da er eine Menge Dinge mit ihm zu besprechen habe, die er nicht brieflich mitteilen könne.

Der Gouverneur von Paris fügt hinzu: Der Briefwechsel wurde in entsprechenden Wendungen fortgesetzt, selbst nach dem Zeitpunkt, als Bolo unter die Anklage des Hochverrats gestellt war. Caillaux bewahrt dem Angeschuldigten dieselbe Anhänglichkeit. Diese Briefe bezeugen, daß beide eine gemeinsame Angelegenheit und Vertraulichkeiten miteinander hatten, die sie mit Vorsicht umgeben [illegible], um sie verdächtig zu machen. Am 5. August 1917, wenige Tage vor Bolos Verhaftung, schreibt Caillaux ihm, um es neuerlich als notwendig hinzustellen, daß der Feldzug gegen ihn aufhöre.

Der Gouverneur von Paris spricht dann noch von den Beziehungen Caillaux' zu Almereyda. Er sagt, daß er ihm eine gewisse Dankbarkeit für reichlich bezahlte Dienste bewahre, die er ihm zurzeit des Prozesses erwiesen habe. Weshalb hat sein französisches Gefühl nicht aufbegehrt, als die Zeitung „Bonnet Rouge" 1915 ihren verabscheuungswürdigen defaitistischen Feldzug begann, der bereits den späteren Hochverrat voraussehen ließ? Der beschlagnahmte Briefwechsel wird während des Jahres 1916 und bis zur Stunde der Gerechtigkeit im Jahre 1917 fortgesetzt. Caillaux mißbilligte den Feldzug Almereydas etwa nicht, sondern beglückwünscht ihn zu den Artikeln und drückt ihm sein Bedauern aus, daß er nicht zwei von ihnen, die zweifellos von der Zensur angehalten worden seien, an alle Senatoren und Deputierten schicken könne. Caillaux beglückwünscht ihn am 27. 7. 1915 für den Artikel: „O diese Engländer"; am 6. 8. 1915 überreichte er ihm einen Brief seines gewöhnlichen Berichterstatters und spricht über die Versöhnung des Hauses Coburg mit Rom, die ihm als Tatsache von Bedeutung erscheint, und kennzeichnet die Bedingungen einer Umwandlung der Balkanpolitik. Die Anklageschrift erwähnt weiter, daß sich Caillaux' Sympathien übrigens auf die ganze Umgebung Almereydas erstreckten. Zuerst hätte man in seinen Handlungen nur bedauerliche Unvorsichtigkeiten sehen können, aber eine neue Tatsache hätte sie in ernsterem Lichte erscheinen lassen.

Der Militärgouverneur erinnert weiter an die Angelegenheit Cavallini und an die Begegnung, die Cavallini, der von Loustelot und Comby vorgestellt wurde, mit Caillaux hatte. Einige Tage später wurde Comby und Loustelot von Cavallini in Lausanne empfangen, und hatten eine Unterredung mit dem Khedive, in der es sich, wie sie sagten, darum handelte, die Türkei von Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Bündnis loszureißen. In der gleichen Zeit findet Caillaux mit einem Paß, der auf den Namen Joseph Renouard lautet, Cavallini in Rom wieder. Die Handlung Caillaux' in Rom trage so bedenklichen Charakter, daß es nicht möglich ist, achtlos daran vorüberzugehen.

Paris, 13. Dez. (Privattel.) Meldung der Agence Havas. Dem Antrage auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Caillaux sind Dokumente beigefügt, deren Zuverlässigkeit gewiß ist und die sich im Ministerium des Aeußern befinden. Es geht daraus hervor, daß Caillaux im Dezember 1916 in Rom mit Persönlichkeiten in Beziehung getreten ist, die in jeder Hinsicht verdächtig sind, nicht nur wegen ihrer Vergangenheit und ihren offenkundig neutralistischen Anschauungen, sondern auch wegen ihrer wohlbekannten deutsch-freundlichen Beziehungen und Gefühle. Wegen dieser Gefühle standen sie schon damals im Verdachte, die Interessen Deutschlands in Italien zu fördern, ein Verdacht, der seitdem durchaus gefördert wurde, da drei davon als Mitschuldige Cavallinis verhaftet worden sind. Noch schwerere Tatsachen wurden enthüllt im Laufe einer Unterhaltung, die Caillaux in Rom hatte. Sogar in Gegenwart von bedeutenden Persönlichkeiten soll er sich nicht gescheut haben, verbrecherische Propaganda zu machen. Er legte dar, das Ministerium Briand sei kurz vor dem Sturze und würde zweifellos durch das Ministerium Clemenceau ersetzt werden, das nur durch die Verschärfung des Krieges bestehen könne, aber durch neue militärische Anstrengungen schnell erschöpft werde. Frankreich könne den Kampf nicht über das Frühjahr 1917 hinaus fortsetzen. Dann werde er die Macht übernehmen und den Frieden unterzeichnen. Italien müsse sich also vorbereiten, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen. Die Welt werde erstaunt sein über die Vorteile, die Deutschland Italien und Frankreich werde gewähren können. Denn alle Kriegskosten würden von Rußland und dem Balkan getragen werden müssen. Serbien werde verschwinden, damit geschehe ihm nur Recht. Auch Rumänien werde verschwinden. Das sei ein Unglück, aber es sei besser, daß Rumänien bezahle. Schließlich ist jene Schlußfolgerung zu erwähnen, deren Anführung allein genügt, um ihre Schwere zu kennzeichnen und das von Caillaux verfolgte Ziel darzustellen scheint: Sobald der Frieden unterzeichnet ist, werde Frankreich ein Bündnis mit Deutschland, Italien und Spanien schließen gegen Rußland und England, die wirklichen Feinde jener Länder. In der Begründung des Antrages wird dann die tiefgehende Aufregung dargestellt, die diese Reden in politischen und diplomatischen sowie militärischen Kreisen Italiens und unter den Botschaftern in Rom verursacht haben. Die Frage wurde aufgeworfen, ob man nicht zu der brutalen Maßregel der Ausweisung greifen solle. Die Gesandten Rumäniens und Serbiens stießen Alarmrufe aus. In der Presse mußten heftige Proteste durch die Zensur unterdrückt werden.

Der Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung schließt folgendermaßen: Aus der Gesamtheit der angeführten Tatsachen ergeben sich ausreichende Verdachtsgründe gegen Joseph Caillaux, während des Krieges die Auflösung unserer Bündnisse im Verlaufe des militärischen Unternehmens betrieben und so die feindlichen Waffen unterstützt zu haben, Verbrechen, die nach Artikel 76, 77, 78, 79 des Strafgesetzbuches und 236 und 64 des Militärgesetzbuches zu ahnden sind.

Paris, 14. Dez. Caillaux zerriß gestern beim Verlassen der Kammertribüne im heftigsten Zorn die Anklageschrift und warf die Stücke vor die Ministerbank.

Die österreichisch-ungarischen Ernährungsfragen.

Budapest, 14. Dez. (L. A.) Am Ende der Woche findet in Wien, wie das Blatt „Dali Hirlap" meldet, ein Kronrat statt, in dem endgültige Vereinbarungen in Angelegenheiten der Ernährungsfrage zwischen den beiderseitigen Regierungen stattfinden sollen.

Seekrieg.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 13. Dez. (WTB. Amtlich.) Im Mittelmeer wurden wieder 12 Dampfer und sechs Segler mit über 50000 Bruttoregistertonnen von unseren U-Booten vernichtet. Die Mehrzahl der Dampfer wurde trotz stärkster Sicherung durch U-Boots-Jäger, Zerstörer und Fischdampfer aus Geleitzug herausgeschossen. Lebhafte Gegenwirkung der Geleitsfahrzeuge blieb in allen Fällen erfolglos.

Der Transportverkehr nach Italien und den Kriegsschauplätzen am östlichen Mittelmeer erlitt erhebliche Einbuße. Im besonderen konnte ein großer versenkter Dampfer als ein Truppentransportschiff nach Italien erkannt werden. Bei einem andern wurde die Bestimmung nach Saloniki festgestellt.

Unter den vernichteten Schiffen waren ferner die bewaffneten englischen Dampfer Karema (5285 T.), Kohistan (4782 T.) und Ovid (4150 T.), sowie ein mit mindestens 8 Geschützen bewaffneter Hilfskreuzer, dessen Besatzung beim Untergang schwere Verluste erlitt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Amsterdam, 13. Dez. (WTB.) Die Blätter melden aus London, daß Lloyds zufolge die englischen Dampfer „Britannia" und „Calliope" vermißt werden.

Aus dem Reiche.

Berlin, 14. Dez. Das „Berl. Tgbl." meldet: Legationsrat v. Stumm, bei der deutschen Gesandtschaft im Haag ist ins Auswärtige Amt nach Berlin versetzt worden. Er übernimmt den Posten des Unterstaatssekretärs v. Radowitz. Baron v. Maltzahn übernimmt den Posten eines Legationsrates bei der Haager Gesandtschaft.

München, 11. Dez. (WTB.) Die reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung, Ortsgruppe München, hat ihre erste öffentliche Veranstaltung in Süddeutschland eröffnet. Der König, der seinen Besuch zugesagt hatte, war am Erscheinen verhindert. Das Ministerium war anwesend. Die einleitende Ansprache hielt Oberbürgermeister Ritter v. Borscht über die Ziele der Vereinigung. Daran schloß sich die Begrüßung durch Ministerialdirektor Zeitz (Berlin) an, der im Namen des Präsidiums der Gesamtvereinigung über die Organisation sprach. Geh. Regierungsrat Flemm, Professor an der technischen Hochschule in Charlottenburg, hielt einen Festvortrag über die Möglichkeiten und Ziele mitteleuropäischer Binnenschiffahrt als Grundlage Mitteleuropas. Das Hauptgewicht legte er auf den Mittellandkanal, den Rhein—Main—Donau-Kanal. Für den Ausbau entscheidend seien die Bedürfnisse der Schiffahrt.

Aus Stadt und Land.

Gießen, den 14. Dezember 1917.

Warum mußten die Drucksachenpreise nochmals erhöht werden?

Der Deutsche Buchdrucker-Verein, die nahezu 50 Jahre bestehende Vereinigung der Buchdruckereibesitzer Deutschlands, klärt in soeben versendeten Rundschreiben die Druckauftraggeber über die Ursachen der abermaligen Preiserhöhung auf.

Einen sehr stark ins Gewicht fallenden Anteil an der Steigerung der Herstellungskosten der Drucksachen hat die höhere Entlohnung, die der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes infolge der außerordentlichen Verteuerung aller Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs bewilligt werden mußte. Gegenwärtig werden noch etwa 20 000 Gehilfen im Gewerbe beschäftigt, von denen die meisten verheiratet sind und höhere Teuerungszulagen als die ledigen Gehilfen erhalten. Die bewilligten Teuerungszulagen betragen jährlich rund 16½ Millionen Mark. Dabei sind nicht mitgerechnet die Teuerungszulagen für das Kontor- und Hilfspersonal, die mit rund 5½ Millionen Mark angenommen werden müssen, so daß die gesamten Mehraufwendungen für Teuerungszulagen die stattliche Summe von 22 Millionen Mark betragen. Weiter kommen hinzu die Kriegsbeihilfen und die Unterstützungen der Familien von Kriegsteilnehmern, die sich in den ersten drei Kriegsjahren auf über 9 Millionen Mark belaufen haben.

Sicher noch schwerer als der Mehraufwand an Löhnen fällt ins Gewicht die Verteuerung aller von den Buchdruckereibetrieben benötigten Materialien. Nach zuverlässigen Feststellungen haben sich erhöht: Farben 200—300 Prozent, Druckfirnis, Firnisersatz etwa 500, Walzen 400, Schmieröl 600, Bänder, Zurichtematerial u. dgl. 400, Waschmittel, Putzmittel, Lappen 300, Kohlen 100—300, Strom und Gas 50—150, Schriften 75, Setzmaschinenmetall 200, Utensilien aus Metall und Holz 70—200, Klebstoffe, Kleistermehl 500, Heftzwirn, Heftdraht, Packmaterial 500, Stereotypmetall, Weichblei 250, Stereotypmaterialien 500, Roll- und Speditionsgelder (und zu erwartende Mehrfracht) 150—200 Prozent. Zu allen diesen Mehraufwendungen kommt, daß sich bei den meisten Betrieben der Friedensumsatz um ein Drittel bis zur Hälfte verringert hat. Die Mehrkosten verteilen sich somit auf eine verminderte Menge hergestellter Arbeiten.

Für die Erhöhung der Drucksachenpreise, die sich nach den vorstehenden Angaben als eine unabwendbare Maßnahme darstellt, hat die Druckpreis-Tarifkommission des Deutschen Buchdrucker-Vereins im Einverständnis mit dem aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Buchdruckgewerbes bestehenden Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker als notwendige Aufschläge auf die Friedenspreise die folgenden Sätze ermittelt und festgesetzt:

Satz und Druck:	
bei allgemeinen Drucksachen einfacher und besserer Art (Akzidenzen), Formularen u. dgl.	120 %
bei Katalogen, Preislisten und ähnlichen Arbeiten größeren Umfanges	100 „
bei sogen. Qualitätsarbeiten (in vollendeter erstklassiger Ausführung)	140 „
Aufmachungs-, Broschur- und Buchbinderarbeiten	120 „

Stereotypen und Galvanos müssen wegen der außerordentlich verteuerten und sich noch weiter erhöhenden Metallpreise mit einem Aufschlag von 250 % berechnet werden.

Das zu den Drucksachen verwendete Papier wird nach dem wechselnden Stande der Papiereinkaufspreise berechnet.

Die Aufschläge reichen günstigstenfalls nur aus, um die entstandenen Mehrkosten zu decken und dem Buchdruckgewerbe die Existenzmöglichkeit zu sichern. Es darf daher erwartet werden, daß man auch in den Kreisen der Auftraggeber der Notwendigkeit einer allgemeinen Durchführung der erhöhten Druckpreise sich nicht verschließen wird.

** **Amtliche Personalnachrichten.** Der Großherzog empfing zum Vortrag: den Staatsminister Dr. v. Ewald, den Minister des Innern Dr. von Hombergk zu Vach, den Vorstand des Kabinetts Wirkl. Geheimerat Römheld. — Der Großherzog hat am 12. Dezember den Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, Dr. Gottfried Haustädt, zum Amtsgerichtsdirektor am Amtsgericht Darmstadt I mit Wirkung vom 1. Februar 1918 ernannt.

** **Auszeichnungen.** Das „Verdienstkreuz für Kriegshilfe" erhielten: Materialienverwalter Wusk und Anton, Oberbahnassistent Weller, Lokomotivführer Christian Schweitzer, Werkführer Schlesier, Vorschlosser Böllenhofer, Vorschmied Christoph Schmidt, Sattler Belloff, Dreher Georg Neurath und Maschinenführer Konrad Schäler.

** **Goldankaufsstelle Gießen.** Es sei nochmals auf die morgen vormittag 10 Uhr im Sitzungsaal des Regierungsgebäudes stattfindende Verlosung hingewiesen. Die Mitglieder des Ehrenausschusses, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Goldankaufsstelle, die Einlieferer von Goldgegenständen und Juwelen, sowie alle Interessenten sind zur Teilnahme eingeladen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Eine Annahme von Goldgegenständen in den Räumen der Goldankaufsstelle findet morgen nicht statt.

** **Die Auszahlung der Familienunterstützung** an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen für 16. bis 31. Dezember 1917 findet in den nächsten Tagen statt. Siehe Bekanntmachung.

** **Die Ausgabe der Zucker-, Nährmittel- und Fleischkarten** erfolgt Samstag den 15. d. M. Siehe Anzeigenteil.

** **In der städtischen Gemüseverteilungsstelle,** Brandplatz, gelangen morgen, Samstag, gelbe Möhren à Pfund zu 12 Pf., Erdkohlraben à Pfund zu 5 Pf. und weiße Rüben das Pfund zu 4 Pf. zum Verkauf. Es finden nur noch einige Verkaufstage statt. Am Montag werden für Futterzwecke geeignet Kohlraben der Zentner zu 4 Mk., weiße Rüben der Zentner zu 2,50 Mk. verkauft.

** **Preise für deutschen Tee.** Für Ersatztee (deutschen Tee) sind bekanntlich Richtpreise vom Kriegsernährungsamt festgesetzt, vergleiche „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen", Jahrgang 1917, Nr. 10 und Nr. 13. Dieser Preisregelung, die besonders als Anhalt für die Beurteilung der Preise seitens der Preisprüfungsstellen und Gerichte dient, suchen sich neuerdings manche Drogen- und andere Firmen dadurch zu entziehen, daß sie diese Tees als Medizinaldrogen oder Medizinaltees bezeichnen, wie dies z. B. bei Tee aus Brombeer-, Himbeer- und Erdbeerblättern neuerdings geschehen ist. Solchen Versuchen unberechtigter Preisforderung ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

** **Die Ablieferungen von Hafer** bewegen sich seit Beginn des Wirtschaftsjahres auf einem derart niedrigen Stand, daß die Versorgung des Heeres, der in der Kriegswirtschaft tätigen Pferde und der Hafernährmittelfabriken seit langem nur in völlig unzulänglicher Weise erfolgen kann. Eine Reihe von Mitteln, die zur Beschleunigung des Ausdrusches und der Ablieferung angewandt worden sind, haben bis jetzt nur wenig gewirkt. Die Sicherstellung der Haferversorgung des Heeres gebietet, nunmehr den sofortigen Ausdrusch und die Ablieferung des Hafers selbst auf Kosten anderer dringender Arbeiten der Landwirte herbeizuführen. Um das zu ermöglichen, ist neben der behördlichen Anordnung des Ausdrusches durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 24. November 1917 bestimmt worden, daß für Hafer bis 31. Dezember 1917 eine besondere Lieferprämie von 70 Mk. und von da an bis 31. Januar 1918 eine solche von 30 Mk. für die Tonne gewährt wird. Gleichzeitig ist der vollständige Wegfall der bis auf weiteres noch bestehenden Druschprämie für Hafer und Gerste nach dem 31. Januar 1918 angeordnet worden. Der Haferpreis beträgt demgemäß bis zum 31. Dezember 1917 einschließlich 400 Mk., bis 31. Januar einschließlich 360 Mk., bis 28. Februar einschließlich 270 Mk. für die Tonne, vom 1. März an fällt er gemäß der gleichzeitig ergangenen Verordnung über den Ausdrusch und die Inanspruchnahme von Getreide auf 170 Mk. Diese Preisfestsetzung ist eine endgültige und es können die Landwirte nicht erwarten, daß daran noch etwas geändert wird. Es liegt also im dringendsten Interesse der Landwirte, den Hafer so rasch als möglich abzuliefern, da sie sonst schwere finanzielle Nachteile erleiden, während ihnen bei rechtzeitiger Ablieferung die besonderen Aufwendungen des frühzeitigen Ausdrusches durch die festgesetzten Prämien voll ersetzt werden. Den Landwirten, die Hafer bis zum Inkrafttreten der Verordnung vom 24. November 1917 schon abgeliefert haben, wird die neu festgesetzte Lieferprämie auf Antrag (vgl. Kreisblatt Nr. 199) nachbezahlt, um sie nicht gegenüber den später liefernden zu benachteiligen.

** **Die Verteilung der Magermilch** in der Stadt Gießen mußte, wie das Lebensmittelamt uns mitteilt, erheblich eingeschränkt werden, da zur Zeit nicht genügende Mengen derselben vorhanden sind. Der Grund des Rückgangs liegt darin, daß die Milchzufuhr aus den der Stadt zugeteilten Ortschaften ganz bedeutend nachgelassen hat und daß die vorhandene Vollmilch zur Lieferung an die vollmilchberechtigten Personen verwandt werden muß. Bis auf weiteres können die Haushaltungen nur alle 4 Tage beliefert werden und zwar pro Kopf mit 1/8 Liter, wobei die vollmilchberechtigten Personen nicht mitzurechnen sind.

** **Stoppelgetreide kann nicht beschlagnahmt werden.** Die in landwirtschaftlichen Kreisen vielbesprochene Frage, ob eine Beschlagnahme der bei der Ernte auf Stoppelfeldern gelesenen Aehren nach der Bundesrats-Bekanntmachung zu Recht erfolgen kann, ist vom Speierer Schöffengericht dahin entschieden worden, daß solches Getreide der Beschlagnahme nicht unterliegt. Die Ehefrau und Kinder eines Schuhmachers in Harthausen, der keinen landwirtschaftlichen Besitz hat, hatten 1 1/2 Zentner Aehren gesammelt, die beschlagnahmt wurden. Trotzdem brachte der Mann die Aehren zum Mahlen in die Mühle. Die Folge war ein Strafbefehl von 30 Mark wegen Uebertretung der Bundesrats-Bekanntmachung über die Verwendung des Brotgetreides. Hiergegen wurde Berufung eingelegt. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, da die Beschlagnahme von Stoppelgetreide nicht gerechtfertigt ist. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

** **Verlängerung der Verjährungsfristen.** Bekanntlich verjähren nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die sog. Forderungen des täglichen Lebens, insbesondere die Warenschulden von Privatpersonen und die Lohn- und Dienstbezüge jeder Art usw. in zwei Jahren: Zinsen und Gehaltsrückstände, Unterhaltungsbeiträge und andere regelmäßig wiederkehrende Leistungen in vier Jahren. Diese Verjährungsfristen laufen mit dem Schluß des Kalenderjahres ab. Wie bisher seit Kriegsausbruch, hat der Bundesrat auch im laufenden Jahr die Verjährungsfrist für diese Forderungen sowie für gewisse vermögensrechtliche Ansprüche um ein Jahr bis zu Ende des Jahres 1918 erstreckt. Die Verordnung ist vor kurzem ergangen.

** **Ergebnis des Opfertages im Kreise Gießen.** Gelegentlich des Opfertages am 25. November d. J. zugunsten des Roten Kreuzes sind aus dem Kreise Gießen folgende Beträge eingegangen: Albach 28 Mk., Allendorf a. d. Lahn 115,80, Allendorf a. d. Lda. 236,50, Alertshausen 44, Alten-Buseck 127,10, Annerod 151, Bellersheim 281, Beltershain 57,30, Bersrod 128,85, Bettenhausen 167,50, Birklar 32,40, Burkhardsfelden 60,70, Climbach 33,05, Daubringen 88,10, Dorf-Gill 110, Ettingshausen 101,35, Garbenteich 117, Geilshausen 103, Göbelnrod 115,50, Großen-Buseck 307, Grünberg 545,30, Grüningen 115, Harbach 63,30, Hattenrod 22,60, Hausen 37,40, Heuchelheim 342,30, Holzheim 350, Hungen 611,30, Inheiden 87,05, Kesselbach 54,40, Klein-Linden 196,33, Langd 145, Langsdorf 309, Lauter 125,10, Leihgestern 337,75, Lich mit Hof Albach, Kolnhausen und Mühlsachsen 713,15, Lindenstruth 50, Lollar 488,30, Londorf 230,60, Lumda 62,80, Mainzlar 127,70, Münster 44,40, Muschenheim mit Hof-Güll 236, Nieder-Bessingen 100, Nonnenroth 102,50, Obbornhofen 46,65, Ober-Bessingen 66,40, Oberhörgern 497, Odenhausen mit Appenborn 202, Oppenrod 85,30, Queckborn 84, Reinhardshain 71,70, Reiskirchen 65, Rodheim mit Hof Graß 83,50, Rödgen 85, Rüddingshausen 49,10, Ruttershausen mit Kirchberg 122, Saasen mit Bollnbach, Weitsberg und Wirberg 117, Stangenrod 63,50, Staufenberg mit Friedelhausen 65,90, Steinbach 124,25, Steinheim 70, Stockhausen 24,50, Treis a. d. Lda. 241,95, Trohe 37,50, Utphe 57,30, Villingen 160,55, Watzenborn mit Steinberg 165,65, Weickartshain 48,20, Weitershain 50,50, Wieseck 223,25, Winnerod 28 Mk.

** **Die Ortskrankenkasse Gießen (Stadt)** hielt am letzten Dienstag im Postkeller die diesjährige Ausschußsitzung ab. Nach dem vom Geschäftsführer Fourier erstatteten Jahresbericht betrug die Zahl der Mitglieder im Jahre 1916 durchschnittlich 7743, und zwar 3580 männliche und 4163 weibliche. Eingenommen wurden im Jahre 1916 an Zinsen 7136,65 Mk., an Beiträgen 245 995,96 Mk., an Ersatzleistungen 2118,91 Mk. Die sonstigen Einnahmen betrugen 18 235,20 Mk. Den Einnahmen gegenüber stehen folgende Ausgaben: Für ärztliche Behandlung 60 749,62 Mk., für Arznei und Heilmittel 29 213,33 Mk., an Krankengeld 89 309,88 Mark, Hausgeld 955,20 Mk., Wochengeld 22 783,65 Mk., Sterbegelder 3818 Mk., Verpflegungskosten im Krankenhaus 25 078,02 Mk., Verwaltungskosten 39 085,08 Mk. usw. Nach den Ausführungen des Geschäftsführers ist infolge des Krieges eine wesentliche Belastung der Krankenkassen eingetreten, so daß die Beiträge von 4 auf 4 1/2 Prozent erhöht werden mußten. Auch das Jahr 1917 wird durch die ständig steigenden Anforderungen an die Kasse eine Besserung in den finanziellen Verhältnissen nicht bringen. An den Bericht schloß sich eine eingehende Aussprache, an der sich die Herren Betters, Kirchner, Lanz, Fourier und Bieran, sowie Frl. Lenhardt, Frl. Dingelbein und Frau Lorenz beteiligten. Den Bericht der Kassenprüfungskommission erstattete Vorstandsmitglied H. Kirchner, worauf der Verwaltung Entlastung erteilt wurde. Zur Prüfung der Jahresrechnung für 1917 wurden die Herren Braun, Kirchner und Laudenbach wiedergewählt.

** **Die Verwundetenberatungsstelle Gießen** wurde im Monat November von 46 Personen in 51 Fällen in Anspruch genommen. In der Sprechstunde beraten wurden 41 Personen, 2 in den Lazaretten und 3 schriftlich. Von den erteilten Auskünften betrafen: Arbeiterversicherung 27 (Krankenversicherung 6, Unfallversicherung 1, Invalidenversicherung 20), Militärversorgung 10, Löhnungsfragen 1, Angehörigenunterstützung 2, sonstige Angelegenheiten 11. Außer Erteilung von Rat und Auskunft wurden von der Verwundetenberatungsstelle für die Ratsuchenden im abgelaufenen Monat 29 Schriftstücke angefertigt.

** **Stadttheater.** Es sei nochmals auf die Vorstellungen des kommenden Sonntags hingewiesen. Am Nachmittag wird das Lustspiel „Der dunkle Punkt" wiederholt, während am Abend die Operette „Der Soldat der Marie" zur Aufführung gelangt.

** **Weihnachts-Feier im Lazarett des Katholischen Vereinshauses.** Für den Sonntag „Gaudete", am 16. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, wollen die Kleinen der Kinderschule im Verein mit den Jünglingen unseren Verwundeten ein paar frohe Stunden bereiten. Hierzu sind auch alle Freunde und Gönner unseres Lazarettes herzlich eingeladen; Kindern ist diesmal der Zutritt nicht gestattet, sie werden an einem andern Tag Gelegenheit haben, wenn die Spiele wiederholt werden.

Landkreis Gießen.

** Bersrod, 14. Dez. Unteroffizier Wilhelm Herzberger wurde zum Sergeanten befördert.

** Heuchelheim, 14. Dez. Schütze Gernandt erhielt die Hessische Tapferkeitsmedaille und wurde zum Gefreiten ernannt.

** Klein-Linden, 14. Dez. Feldgendarm Phil. Weigel wurde mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Kreis Büdingen.

Vonhausen, 14. Dez. Die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt der Kanonier Petrie. — Lorbach. Das Eiserne Kreuz erhielt der Musketier Peter Kaltenschnee. — Düdelsheim. Das Eiserne Kreuz, früher die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt der Unteroffizier Nazarenus. — Nieder-Mockstadt. Die Hess. Tapferkeitsmedaille erhielt der Landsturmmann August Reuther. — Lindheim. Das Hessische Eiserne Kriegsverdienstkreuz erhielt der Unteroffizier Heinrich Lipp, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Hessischen Tapferkeitsmedaille.

Kreis Friedberg.

Bad-Nauheim, 14. Dez. Aus französischer Gefangenschaft befreite sich der Musketier Gustav Weiß und kehrte zu seinem Regimente zurück. — Nieder-Florstadt. Das Eiserne Kreuz erhielt der Gardist Georg Schmiegel. — Burg-Gräfenrode. Zum Unteroffizier befördert wurde der Gefreite Wilhelm Haag.

Starkenburg und Rheinhessen.

I Darmstadt, 13. Dez. Zu dem bereits gemeldeten Lagerbrand in der Kasinostraße erfahren wir noch, daß das Feuer durch die Leichtfertigkeit eines Lehrlings ausbrach, der in dem Hintergebäude seine Schlafstätte hatte und daselbst einen Feuerwerkskörper abbrannte.

I Darmstadt, 13. Dez. Gestern nachmittag geriet der Rangierer Friedr. Bach aus Wolfskehlen auf dem hiesigen Güterbahnhof zwischen die Puffer und wurde zu Tode gedrückt.

I Darmstadt, 14. Dez. Im Verband für Jugendfürsorge gab der Vorsitzende Bürgermeister Mueller, bekannt, daß in Verbindung mit dem Verein zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in dessen Räumen in der Nieder-Ramstädter-Straße ein Jugendheim für schulentlassene Jugend eröffnet wird.

I Darmstadt, 14. Dez. Die Stadt Darmstadt wird für die Weihnachtsfeiertage folgende Lebensmittel zur Verteilung bringen: Für sämtliche Einwohner 1 Pfund Weizenmehl, und zwar 1/2 Pfd. Auszugsmehl und 1/2 Pfd. 94 prozentiges, sowie 100 Gramm Räucherwaren; ferner außerdem für Kinder bis zu 12 Jahren: 1/4 Pfund Kakao oder 1/4 Pfund Schokoladenpulver oder 1 Tafel Schokolade, 1/2 Pfund Weizengrieß und 1 Dose kondensierte Magermilch; für Jugendliche von 12—17 Jahren: 1 Kilo Reiskonserven, 1/4 Pfund Erbsen und 1/2 Pfund Grünkernmehl statt des Weizenmehls, 1 Dose kondensierte Vollmilch; für Personen über 65 Jahren 1/4 Pfund Morgentrank, 1/2 Pfund Malzkaffee und 1/4 Pfund Bohnenkaffee, 1 Dose kondensierte Vollmilch und eine Dose Oelsardinen. Alle diese Lebensmittel werden gegen Bestellmarken abgegeben; außerdem werden noch einige Lebensmittel (Geflügel, Dosenleberwurst) dem freien Handel überwiesen. Die Stadtverwaltung hat diese Lebensmittel, die ihr oft in kleinen für die Verteilung zu geringen Mengen überwiesen worden waren, angesammelt, um für die Festtage der Bevölkerung einen kleinen Zuschuß gewähren zu können.

I Darmstadt, 14. Dez. Der Einbruch in Bürgermeistereien wird gegenwärtig im Starkenburgischen als Spezialität betrieben. Das Wunderbare ist nur, daß trotz aller warnenden Beispiele (Griesheim, Arheilgen, [illegible] und Klein-Steinheim) es immer noch Bürgermeister gibt, die in geradezu sträflicher Nachlässigkeit es versäumen, die Gelder über Nacht ordnungsgemäß zu verwahren, so daß die Diebe immer wieder Beute finden. So fielen ihnen bei einem Einbruch in der Bürgermeisterei in Egelsbach in der Nacht zum Sonntag etwa 170 Mark in die Hände, die in unverschlossenen Schubladen herumlagen. In Dieburg wurden in vergangener Nacht ebenfalls einige hundert Mark und eine Anzahl Brotmarken erbeutet.

I Darmstadt, 13. Dez. Der hiesige Ortsverein der Vaterlandspartei hielt gestern in der Turnhalle am Woogsplatz einen gut besuchten Vaterländischen Abend ab, den der Vorsitzende des Vereins, Generalleutnant von Willich mit einem Ueberblick über die gegenwärtige politische und militärische Lage, die zu vollster Zuversicht für Gegenwart und Zukunft berechtigt, einleitete. Reichstagsabg. Dr. Wildgrube sprach darauf in wirkungsvollen Ausführungen über die Vaterlandspartei und den deutschen Frieden.

— Mainz, 14. Dez. Einbrecher raubten aus einem hiesigen Modewarenhause Seidenwaren im Werte von 27 000 Mk. Auf die Ermittelung der Diebe setzte das bestohlene Geschäft 500 Mark Belohnung aus.

** Mainz, 14. Dez. Die schon seit längerer Zeit in Aussicht genommene Verminderung der Bäckereibetriebe in hiesiger Stadt tritt nach einem neuen Plane am 1. Januar 1918 in Kraft. Diese Maßnahme ist bekanntlich aus Gründen der Kohlenersparnis erfolgt. Sie bestimmt, daß alle Betriebe, die nicht wenigstens 80 Sack Mehl im Monat verbrauchen, einzustellen sind. Um aber unnötige Härten zu vermeiden, ist es gestattet, daß mehrere kleinere Betriebe sich zu einem gemeinsamen Betriebe zusammentun können, wenn sie die verlangte Mindestmenge Mehl verbrauchen. Die meisten kleineren Bäckereien wollen von diesem Zugeständnis auch Gebrauch machen. Sie backen zu Zweien oder Dreien zusammen und halten so ihren Kundschaftsbestand aufrecht. Auch ist zahlreichen Bäckern erneut eine Verkaufsstelle für das von der Stadt ihnen zugewiesene Mehl zugesprochen worden. Die Gesamtzahl aller Mainzer Bäckereibetriebe wird vom 1. Januar 1918 ab nur noch rund 60 betragen.

— Mainz, 13. Dez. In der Wallaustraße stürzte sich heute mittag eine 73jährige Frau aus ihrer im vierten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedmaßen auf dem Pflaster liegen blieb.

— Worms, 14. Dez. In dem 18jährigen Hausburschen Friedrich Balz von hier ermittelte die Polizei den Mörder des Arbeiters Arnheiter, der am Sonntag bei Pfiffligheim erschossen und beraubt aufgefunden wurde. Balz hat heute früh bereits ein Geständnis abgelegt.

Hessen-Nassau.

mr. Frankfurt a. M., 13. Dez. Zur Bekämpfung der Diphtherie hat die Stadtverwaltung umfassende Maßnahmen getroffen. Unter anderem wurde ein Krankenhaus in der Scheidswaldstraße nur für diphtheriekranke Kinder vorbehalten und eine Schwester angestellt, die die wiedergenesenen Kinder eine Zeitlang überwachen soll.

mr. Frankfurt a. M., 14. Dez. Das städtische Waisen- und Armenamt soll demnächst in ein städtisches Wohlfahrtsamt umgewandelt werden. Dem Amt werden drei Mitglieder des Magistrats, der Oberstadtarzt und neun Bürger angehören. Von den Bürgern müssen mindestens zwei Stadtverordnete und drei Armenvorsteher sein.

mr. Frankfurt a. M., 14. Dez. Der Nassauische Städtetag tritt am Mittwoch den 19. Dezember im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Voigt zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben den Fragen der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, Beratungen über Teuerungszulage und Kriegsbeihilfe an Beamte und Pensionäre. Außerdem soll über den Beitritt zum Deutschen Städtetag beschlossen werden.

H. Marburg, 14. Dez. Wie wir erfahren, sollen die Gebäulichkeiten des Deutsch-Ordensgutes durch Kauf in den Besitz des Komitees des „Jäger- und Invalidenheims" übergehen, um einstweilen, solange das Heim noch nicht gebaut ist, als Unterkunftsräume für etwaige Reflektanten zu dienen. — Marburg liegt seit kurzem in der Verdunkelungszone. Ein Grund zu irgendeiner Beunruhigung liegt jedoch nicht vor.

— Oberursel, 13. Dez. Die Kaiserin stattete heute der Motorenfabrik Oberursel einen Besuch ab und unternahm einen zweistündigen Rundgang durch die Anlagen. Hierbei unterhielt sie sich mit zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Zum Schluß verteilte die Kaiserin eine Anzahl Verdienstkreuze für Kriegshilfe an verdiente Angestellte der Fabrik.

Gerichtssaal.

I Darmstadt, 13. Dez. Vor dem Schöffengericht kam dieser Tage ein Fall zur Verhandlung, der für weitere Kreise nicht ohne Interesse ist, da es sich um den Verkehr mit Kriegsgefangenen handelt. Ein hiesiger Kaufmann beschäftigte einen kriegsgefangenen Franzosen und als diesem sein Vater starb, schickte er ihm das übliche Beileidsschreiben, und zwar glaubte er, in diesem Fall von der vorgeschriebenen militärischen Vermittlung des Briefes absehen zu können. Wegen dieses Verstoßes gegen die Vorschriften über den schriftlichen Verkehr mit Kriegsgefangenen wurde er wegen „Kriegsvergehens" angeklagt. Das Schöffengericht sprach ihn zwar frei, weil es annahm, daß das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlte, allein der Fall wird voraussichtlich noch eine höhere Instanz beschäftigen, die schwerlich zu einem Freispruch kommen wird, da hier nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, sondern nur die Vorsätzlichkeit in Frage kommt.

Vermischtes.

Ein französischer Urlauberzug entgleist.

Bern, 13. Dez. „Gazette de Lausanne" meldet aus Modane, daß im Tunnel bei Modane ein französischer Urlauberzug entgleiste.

Amsterdam, 13. Dez. (WTB.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet „Times" aus Ottawa: Der kanadische Premierminister berichtet telegraphisch, daß infolge der Explosion in Halifax über 10 000 Menschen verunglückt sind und 27 000 Personen obdachlos wurden.

Letzte Nachrichten.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 14. Dezember. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war nur in wenigen Abschnitten das Artilleriefeuer lebhaft.

Oestlich von Bullecourt versuchten die Engländer die verlorenen Gräben wieder zu nehmen. Unter blutigen Verlusten wurden sie zurückgeschlagen. Bei einem eigenen Vorstoß südlich von Pronville blieben Gefangene in unserer Hand.

Südlich von St. Quentin fügten wir dem Feinde durch heftige Minenfeuerüberfälle erheblichen Schaden zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein deutscher Erkundungsvorstoß brachte nordöstlich von Craonne Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nördlich von St. Mihiel, nördlich und östlich von Nancy, sowie am Hartmannsweilerkopf erhöhte Feuertätigkeit der Franzosen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern an.

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An einzelnen Stellen zwischen Brenta und Piave kam es in Verbindung mit kleineren Unternehmungen zu heftigen Artilleriekämpfen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Ein neues Ultimatum Trotzkis?

Berlin, 14. Dez. Trotzki soll laut „L. A." die Ententeregierungen in einer Art neuen Ultimatums aufgefordert haben, sich bis zum 12. Dezember über das Friedensprogramm der Bolschewiki auszusprechen. Der „Temps" erklärt, die Alliierten würden selbstverständlich nicht antworten. Es muß abgewartet werden, bis das Land in einer ordnungsmäßig gewählten Konstituante eine regelrechte Vertretung besitze.

Die „Prawda" erklärt laut „Voss. Ztg.", das Lebensinteresse Rußlands verlange, daß der Friedensschluß mit oder ohne die Alliierten spätestens im Januar zustandekomme.

Ueber Kerenski heißt es in englischen Blättern, das Justizamt in Petersburg habe den Haftbefehl gegen ihn wegen Fortsetzung des Krieges auf Grund der aufgenommenen Geheimverträge bestätigt.

Nach einer anderen Meldung, deren Glaubwürdigkeit nicht feststeht, gehört Kerenski der sibirischen Regierung als Finanzminister an. Die erste Vornahme der neuen sibirischen Regierung sei das Getreideausfuhrverbot nach Rußland gewesen.

Gestern abend entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria

im Alter von 25 Jahren. 07840

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Ludwig Ott und alle Angehörigen.

Ruttershausen, den 13. Dezember 1917.

Die Beerdigung findet statt: Sonntag den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser einziges liebes Söhnchen, Brüderchen, Enkel, Neffe und Vetter

Willi

im Alter von 6 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestern abend sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Eltern:

Louis Bettinghausen, Offizierstellvertreter, z. Z. im Felde und **Frau Lina** geb. Reuter.

Bellersheim und Mainz, den 12. Dezember 1917.

Die Beerdigung findet Samstag den 15. Dezbr. um 1 Uhr in Bellersheim statt. 9070

Samstag den 15. Dez., abends 8¼ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im großen Saale des Gasthofs Fürstenhof.

Herr Professor Küntzel, Frankfurt a. M.:

Verständigungsfrieden.

Freie Aussprache. 9043 D

Deutsche Vaterlandspartei, Landesverein Oberhessen.

Hotel Fürstenhof :: Gießen

Sonntag 16., Montag 17., Dienstag 18. d. M.

großer Saal **KONZERT** großer Saal

mit verstärktem Orchester

unter Mitwirkung erster Gesangskräfte

außerdem

Gastspiel d. berühmt. José Labero

des Manns mit dem 6. Sinn

alles Nähere siehe Plakat

Sonntag, den 16. Dezember nachmittag ¼4 Uhr, Saalöffnung 3 Uhr, findet eine große Fremden- und Familien-Vorstellung bei vollst. Abendprogr. statt. Während des Konzerts u. nach Schluß steht Herr Labero in den unteren Räumen jedem Zweifler oder zu wissenschaftl. Prüf. zur Verfüg.

Preise der Plätze:

Numm. Pl. 2.50 M., Res. Pl. 1.50 M., I. Pl. 1.00 M., Gall. 0.80 M. exklusive Steuer. — Vorverkauf ab Sonntag 10 Uhr im Hotel. 07822

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. B wurde heute bezüglich der Firma Metallbearbeitungswerk Friedrich Schlenk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Gießen, eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 6. Dezember 1917 ist der Sitz der Gesellschaft nach Offenbach a. M. verlegt.

Gießen, den 6. Dezember 1917.

Großherzogliches Amtsgericht. 9039

Bekanntmachung.

Die im November 1900 geborenen **Landsturmpflichtigen** der Stadt **Gießen** müssen sich am 15. **Dezember d. J.**, vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr im alten Rathaus am Marktplatz zur **Landsturmrolle** melden.

Auswärts Geborene haben **bei der Anmeldung ihren Geburtsschein** vorzulegen.

Gießen, am 4. Dezember 1917. 8976 B

Der Oberbürgermeister: Keller.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der **Familienunterstützungen** an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen für 16. bis 31. Dezember 1917 findet statt:

An diejenigen, deren Namen beginnen mit:

A—H Samstag den 15. Dezember 1917
J—R Montag den 17. Dezember 1917
S—Z Dienstag den 18. Dezember 1917.

Die Auszahlungen finden von 8—1 Uhr im **Stadthaus**, Zimmer Nr. 7, statt.

Die Unterstützungen dürfen nur an den vorgenannten Tagen abgeholt werden.

Gießen, den 8. Dezember 1917. 9067 B

Der Oberbürgermeister: Keller.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Zucker-, Nährmittel- und Fleischkarten erfolgt **Samstag den 15. d. M.**, und zwar für die Bezugsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben A—K vormittags von 8—1 Uhr und N—Z nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

Gießen, den 13. Dezember 1917. 9067 B

Der Oberbürgermeister (Lebensmittelamt).

Holzversteigerung.

An der Kreisstraße Gießen—Wißmar kommen **Montag den 17. d. M.** etwa **25 Haufen Ausputzreiser** zur Versteigerung. Beginn vormittags 9 Uhr an den ersten Lindenbäumen.

Gießen, den 13. Dezember 1917.

Der Großh. Kreisbauinspektor.

Cellarius. 9058 B

Freiherrlich Riedesel'sches Revier Oberwald.

Brennholz-Versteigerung.

Montag den 17. Dezember 1917 werden im Henkel'schen Saale zu Engelrod von vormittags 10 Uhr an aus den Distrikten **Nesselberg und Rabenzähl** öffentlich versteigert:

Buche: 486 Rm. Scheit und **Rollen**, 478 Rm. **Prügel**, 111 Rm. Reisprügel.
Ahorn: 8 Rm. Scheit, 76 **Rm. Prügel**.
Eiche: 2 Rm. Prügel. 8856 D

Engelrod, den 3. Dezember 1917.

Freiherrlich Riedesel'sche Revierverwaltung.

Engel.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dezember bis 28. Dezember l. J. auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftl. Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden. 9076

Großen-Buseck, am 13. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Großen-Buseck.

Schwalb.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dezember bis zum 28. Dez. dieses Jahres, auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen worden, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, **sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist** bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können **keine Berücksichtigung mehr finden.**

Saasen, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Saasen.

Schepp. 9054

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dez. 1917 bis zum 28. Dezember dieses Jahres auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Lich, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Lich.

Doermer. 9080

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dez. 1917 bis zum 28. Dezember dieses Jahres auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Allendorf a. d. Lumda, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Allendorf a. d. Lumda.

Rein. 9073

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dezember 1917 bis zum 28. Dezember 1917, auf der hiesigen Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden. 9068

Stockhausen, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Stockhausen.

Jochim

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großh. Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. bis 28. Dezember 1917 auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Hungen, den 11. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Hungen.

Fendt. 9075

Bekanntmachung

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dezember 1917 bis zum 28. Dezember 1917 auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Langsdorf, den 13. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Langsdorf.

Bender. 9077

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. bis 28. Dezember 1917 auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung finden. 9071

Münster, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Münster.

Gontrum.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang vom 14. bis zum 28. Dez. 1917 auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstande der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben.

Lindenstruth, den 11. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei.

J. V.: Fatum. 9056

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Gr. Hessen für das Jahr 1917 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 14. Dezember bis zum 28. Dezember 1917 auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden.

Allertshausen, den 12. Dezember 1917.

Großh. Bürgermeisterei Allertshausen.

J. V.: Hillgärtner. 9074

Klebstoff Klebomin

geeignet für die gesamte **Papierbearbeitungsbranche**, wie Buchbindereien, Buchdruckereien, Faltschachtel-, Kartonnagen-, Papierwaren- u. Tütenfabriken, sowie auch für Tapeten-, Blumen-, Hut-, Textil-, Zündholzbranche usw. Probepostеimer einschließlich Porto u. Verpackung Mk. 10.— gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Vertreter gesucht.

M. Blumenthal, Frankfurt a. M., Göringstr. 5—7
Hansa 5073. — Haltestelle Osthafenplatz. — [8946 D]

+ Bruchleidende +

anerkennen dankbar, daß die gesetzl. geschützte Hernien-Bandage infolge sinnreicher Konstruktion **ohne jede Feder**, dauerhaft **aus Leder nach Maß** angefertigt, Tag und Nacht bequem tragbar ist. Vorzüglich bewährt. Tausende im Gebrauch. Schriftl. Garantie. **Hernien-Bandagenhaus, Halle a. S.** Lieferant von Krankenkassen u. Militärlazaretten. Sehen Sie sich Muster an in **Gießen** am **Samstag den 15. Dezember** von 8—12 Uhr im **Hotel Prinz Karl.** 9012 hv

---

VERMIETUNGEN

Möbl. Zimmer mit voller Verpflegung zu vermieten 07721 **Neuen Bäue 5, H.**

MIETGESUCHE

Schöne 4-Zim.-Wohng. mit Zubehör, 1. Stock bevorzugt, zum 1. 4. 18 zu mieten gesucht. **Schr. Angeb. m. Preisangabe und Angabe des Stocks unter 07844 a. d. Gieß. Anz.**

Möbl. Zimmer m. Pension gesucht. Angeb. m. **Preisang.** unter 07851 a. d. Gieß. Anz.

Zwei saubere, möblierte Zimmer m. Verpflegung auf 1. Januar für zwei Fürsorgeschwestern gesucht. Frankfurter Straße i. d. Nähe der Kliniken bevorzugt. Angeb. m. Preis u. 07850 a. d. Gieß. A.

Für 16jährigen Schüler für Januar **Pension** mit Familienanschluß bei Beamten- od. **Lehrerfamilie gesucht. Angeb. unter 07846 a. d. Gieß. Anz.**

STELLENANGEBOTE

Für mein Eisenwaren-, Haus- und Küchengeräte-Geschäft suche sofort angehende 9000

Verkäuferin.

J. B. Häuser
Gießen, Neustadt.

Tüchtiges, ordentl.
Dienstmädchen
gesucht für sofort od. später.
Frau Göbel, Aliceftr. 25.

Braves, gewandtes, ält.
Mädchen
das bürgerlich kochen kann und die Hausarbeit versteht, gesucht **Hofmannstraße 14.**

Junges Mädchen
für **Bureau** gesucht. 9069
H. Schön & Co.
Liebigstr. 65.

Aushilfe od. Laufmädchen
gesucht 9067
Wilhelmstraße 21, I.

VERKÄUFE

3 gute Arbeitspferde, darunter ein 4jähr. br. Wallach (Oldenb.), m. guter Gar., sowie ein gut erh. einsp. **Chaisengeschirr** zu verkaufen. **Wilh. Walzenborn, Södel**, Wetterau.

Eine **Simmentaler Kuh m. Kalb**, Oberbaden stammend, Herdbuchtier, m. Staatspreis prämiiert, z. verk. **Wilh. Faber, Leihgestern**, Judengasse 16.

Steckzwiebel
echte kleine runde Mühlhäuser hat abzugeben
Heinrich Hahn, Gießen,
Samenhandlung.
Neustadt 8. Telephon 403.

Weißer Kinderpelz u. Muff u. **2 Gradehalter** z. verkaufen 07835 Aliceftr. 22, **I. III.**

Zirka 20000 versch. **Ansichtskarten** verk. **Fürstenhof.**

Große Sendung
Christbäume
eingetroffen **Seltersweg** an der Lesehalle. **Kohlermann**, Kriegsbeschädigter. 07833

Büchsflinte mit Einlegerohren u. Doppelflinte, **Tesching** 9mm verkäufl. Mittags 1—2 Uhr. 07848 **Dürbeck**, Steinstr. 12 I.

Glasschrank
für Instrumente od. als Ausstellungsschrank geeignet, zu verkaufen. Näheres 07829 **Mäusburg 4.**

Größerer Gasofen zu verkaufen
9083 **Hotel Großherzog.**

Wertvolle Violine
zu verkaufen. Schr. Angeb. unter 07836 a. d. Gieß. Anz.

Bücherregal u. Bücherpresse z. verk. **Koch**, Neuenw. 30 III.

KAUFGESUCHE

Feldtruppenteil sucht umgehend einige gebr. **Grammophonplatten** z. kauf. Schr. Angeb. unt. 07834 a. d. Gießener **Anz.**

Einige gut erhaltene Stühle zu kaufen gesucht. Angebote unter 07845 a. d. Gieß. Anz.

EMPFEHLUNGEN

Beschlagnahmte
leere Fässer
sind berechtigt aufzukaufen
Gebr. Hanss,
Cassel-B. Tel. 171.

VERSCHIEDENES

Derjenige, d. vor. Wochenacht in **Lollar**, Daubringer Str., ein **Rodelschlitten** hole weggenomm., w. erf., denselb. baldigst wieder beizusch., andernfalls erf. Anz. weg. Diebst.

Vertauscht
am Samstag, 8. Dez., zwischen 10 u. 11 Uhr, am städt. Gemüseverkauf **ein Leiterwagen** mit der Nr. 901/1 in weißer Schrift a. d. Lenkstange. Umzutausch. bei **Frau Prof. J. Vorsloys**, Wilhelmstr. 41. [07847]

1 St. **Ackerland** z. pachten, ev. z. kaufen ges. I. Bebauungsplan gel. bevorzugt. Angeb. unter 07844 a. d. Gieß. Anz.

Gründl. Nachhilfe
wird erteilt. Schriftl. Angeb. unter 07837 a. d. Gieß. Anz.

Ein schwarzer 9063
Dobermann-Hund
auf d. Namen „Flock" hörend entlaufen. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben bei **Gg. Häuser I.** in **Leihgestern.**

Stadttheater Gießen

Leitung: 9066
Hofrat Hermann Steingoetter

Sonntag, 16. Dezbr. 1917, nachmittags 3½ Uhr:

Der dunkle Punkt

Lustspiel in 3 Akten von Kadelburg und Presber.

Abends 7½ Uhr:

Der Soldat der Marie

Operette in drei Akten von Leo Ascher.